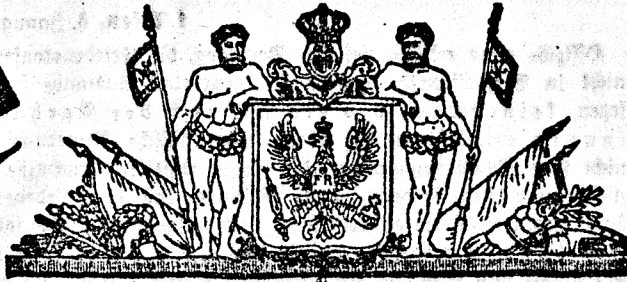


Öffentliche



Zeitung

Begründet

1704

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin.

* Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 *

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Trotzki auf dem Wege nach Brest-Litowik.

Calaat Pascha über Brest-Litowik

Eine Unterredung mit dem Großwesir.

Unser Mitarbeiter, Professor Dr. Ludwig Stein, hatte Gelegenheit, mit dem türkischen Großwesir ausführlich über die schwebenden politischen Fragen zu sprechen. Er gibt uns das Gespräch folgendermaßen wieder:

„Wie sehen Sie, Herr, den Zwischenfall von Brest-Litowik an? ... „Nicht allzu tragisch. Es handelt sich um ein Mißverständnis, wie es bei Verhandlungen so schwerwiegender Art sich häufig einzustellen pflegt. Meine Zuversicht in den Gelingen der Friedensverhandlungen bleibt ungemindert, zumal alle Gegebenheiten für eine friedliche Verständigung vorhanden sind.“

„Wie denken Sie, Herr, über die Verhandlungen mit den Ukrainern?“

„Selbstverständlich sind wir bereit, mit den Ukrainern weiter zu verhandeln, um so mehr, als die Bolschewiki-Regierung die Bestrebungen der Ukrainer selbst gutgeheißt und die Selbständigkeit der Ukrainer gemäß ihrem eigenen Prinzip gebilligt hat. Wenn wir uns den russischen Unterhändlern geschmeidig anpassen, so ist es durchaus verfehlt, daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, daß diese Unterhändler in einer gewissen Gefügigkeit ein Schwächezeichen erblicken könnten. Die Vertreter der Bolschewiki, die in Brest-Litowik verhandelt haben, machen einen durchaus ernsten und würdigen Eindruck. Die Lage in Rußland ist keine derartige, daß sie eine Sinausklebung auf unbestimmte Zeit duldet. Wenn die uns übrig gebliebene Zeit dazu verwendet wird, mit den Ukrainern weiter zu verhandeln, so sind wir auf Grund unserer bisherigen Erklärungen, die der ganzen Welt bekannt geworden sind, dazu in jeder Richtung legitimiert. Mögen unsere Gegner noch so sehr von Schwächezeichen fabeln, so wissen die Vertreter der Ukraine ebenso gut wie die der Bolschewiki-Regierung in Petersburg, daß unsere Geneigtheit, der Welt den Frieden zu beschereu, dem Kräftegefühl dessen entspricht, der in der Lage ist, Ritterlichkeit an den Tag zu legen. Es mag ja immerhin sein, daß durch die Einflüsse der Entente in den Verhandlungen eine vorübergehende Störung eingetreten ist. Aber dieser Zwischenfall wird nicht von Dauer sein. Man darf eben nicht übersehen, daß die Bolschewiki Idealisten reinsten Wassers sind und ihren Prinzipien zum Siege verhelfen wollen. So viel an uns liegt, haben wir dazu beigetragen, der Mentalität der Bolschewiki in großen Zügen Rechnung zu tragen und ihre Wünsche im Rahmen des Möglichen und Durchführbaren zu berücksichtigen. Daß wir ihrem Grundprinzip unsere Anerkennung nicht völlig verweigert haben, beweist unseren guten Willen, ernst und gewissenhaft einer endgültigen Verständigung mit Rußland die Wege zu ebnen. Ich gebe daher die Hoffnung auf eine definitive Verständigung mit Rußland keineswegs auf, im Gegenteil, ich beabsichtige, wenn es irgend angeht, noch heute abend nach Brest-Litowik zu reisen und an den Verhandlungen teilzunehmen.“

„Wir Türken haben aus der Geschichte gelernt, bei Friedensverhandlungen unsere Ruhe zu bewahren, die Nerven im Zügel zu halten und die Haltung nicht zu verlieren. Es ist eine törichte Vorstellung, als ob der Weltfrieden über Nacht ausbrechen könnte. Wir Türken wissen ein Lied davon zu singen, wie lange Friedensverhandlungen von großem Zuschnitt sich hinzuschleppen pflegen. Es ist immer ein Fordern und Nachlassen, ein Geben und Nehmen, ein Ringen um die mittlere Linie.“

Wir machen uns auf kleinere oder größere Unterbrechungen gefaßt und lassen uns durch Zwischenfälle, die unausbleiblich sind, nicht aus dem Gleichgewicht bringen. Sobald die inneren Voraussetzungen, ja, Notwendigkeiten einer Verständigung zwischen den Partnern so unabweislich gegeben sind, wie sie in der gegenwärtigen Lage Rußlands vorhanden sind, da gibt es keine Macht der Erde, die imstande wäre, das Endresultat hintanzuhalten. Man kann durch kleine trivialen Verschiebungen oder Verzögerungen herbeiführen, aber die Tatsachen und Bedingungen, die zu den Verhandlungen in Brest-Litowik geführt haben, niemals aus der Welt schaffen. Ich sehe daher den Verhandlungen in Brest-Litowik nach wie vor mit voller Zuversicht entgegen, weil es eine andere Lösung als die der endgültigen Verständigung nach meinem Dafürhalten überhaupt nicht gibt.“

Der „Temps“ weist darauf hin, daß am gestrigen Freitag die zehntägige Frist für die Teilnahme der Entente an den russischen Friedensverhandlungen abgelaufen ist, und erklärt, daß den Regierungen der Entente bisher keine Einladung der Maximilianen zugegangen sei. Die Entente-Regierungen hätten daher auch keinen Anlaß gehabt, zu einer derartigen Stellungnahme zu nehmen.

Eine neue Regierungs-Erklärung.

Der Hauptausschuß des Reichstages trat heute erst um 1/2 12 Uhr zusammen, da vorher noch Verhandlungen der Parteiführer mit der Regierung stattfanden. Der Reichskanzler, Graf Hertling, war nicht erschienen, wohl aber Reichssekretär Graf Roedern, der für die Dauer der Krankheit des Herrn von Payer mit der Stellvertretung des Reichskanzlers betraut ist, ferner Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von dem Busche und der Leiter der Reichskanzlei von Radowik.

Der Standpunkt des Reichskanzlers.

Unterstaatssekretär Freiherr von dem Busche gab folgende Erklärung ab:

Der Herr Reichskanzler hat gestern die Insinuation der russischen Presse zurückgewiesen, daß wir uns in illoyaler Weise anderer Zusage betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollten. Im Anschlusse an diese Erklärung stelle ich in ausdrücklichem Auftrage des Herrn Reichskanzlers das Folgende fest:

Der Standpunkt des Herrn Reichskanzlers zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bleibt unverändert, aber dieser Standpunkt darf keine Deutung finden, die lediglich von den Interessen der Entente eingeleitet ist. Die in der neutralen Presse veröffentlichte Darstellung, als ob die russischen Delegierten den deutschen Vorschlag vom 28. Dezember als un diskutierbar abgelehnt hätten, ist tatsächlich unrichtig. Die russischen Delegierten haben zwar Bedenken gegen die von uns vorgeschlagene Formulierung erhoben, sich indes ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß über diese Formulierung in einer Kommission weiter beraten werden sollte, um eine Verständigung herbeizuführen. Zwischen uns und den russischen Delegierten war vereinbart, daß die Fortsetzung der Verhandlungen auch über die strittig verbliebenen Punkte am 5. Januar in Brest-Litowik erfolgen sollte. Unsere Verbindungen haben unter diesen Umständen mit uns einmütig den Vorschlag der Russen nach Veränderung des Verhandlungsortes abgelehnt.

Zwischen uns von Brest-Litowik folgendes Telegramm zugegangen:

Am 4. Januar, 10 Uhr abends, ist hier das in Uebersetzung folgende Hughes-Telegramm aus Petersburg eingetroffen:

„An die Herren Vorsitzenden der vier verblindeten Mächte!“

Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet entspricht dem erreichten Stand der Verhandlungen. In Anbetracht der Ankunft Ihrer Delegationen am früheren Orte der Verhandlungen wird unsere Delegation zusammen mit dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Trotzki, morgen nach Brest-Litowik fahren in der Ueberzeugung, daß eine Verständigung über die Verlegung der Verhandlungen auf neutralem Boden keine Schwierigkeiten machen wird.

Die russische Delegation.

Zwischen uns mit den in Brest-Litowik anwesenden mit Vollmacht versehenen Vertretern der Ukraine in befriedigender Weise verhandelt worden.

Weitere tatsächliche Mitteilungen können von Seiten der Regierung heute nicht gemacht werden.“

Die politische Debatte vertagt.

Vorsitzender Abg. Fehrenbach schlägt vor, die politische Debatte abzubrechen und einen anderen Gegenstand zu verhandeln.

Abg. Scheidemann (Soz.) widerspricht und wünscht, daß die politische Debatte fortgesetzt werde mit Rücksicht auf die vorliegende Situation und die Notwendigkeit, daß der Reichstag erklärt, er stehe auch heute noch auf dem Standpunkt des 19. Juli. Die Sozialdemokraten wünschen, zum Ausdruck zu bringen, daß sie um keines Haarsbreite von ihrem Standpunkt abweichen. Durch eine offene Erklärung zum Selbstbestimmungsrecht der Völker würde der Friede gefördert werden.

Abg. Sasse (U. Soz.) widerspricht gleichfalls. Am besten wäre das Zutammentreten des Plenums. Es müsse ausgesprochen werden, daß die Mehrheit die Anschauungen des Grafen Hertling nicht teile. Die Berichte über die Ereignisse in Brest-Litowik am 28. Dezember widerprechen einander, und dadurch werde eine

unzweideutige Erklärung unsererseits notwendig. Die Ukraine verhandelt nur unter Teilnahme der Petersburger Regierung. Das russische Volk stehe einig und fest zusammen. Wir dürfen nicht verpassen, daß die Russen uns weiter entgegengekommen sind, als wir erwarten durften.

Durch Abstimmung wird beschlossen, die Debatte abzubrechen.

Die Erörterung wendet sich der Frage des Gefangenen-ausschlusses zu.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten haben den Antrag eingebracht, die politische Debatte am Montag wieder aufzunehmen.

Der Hauptausschuß vertagte sich schließlich kurz nach 2 Uhr. Die Weiterberatung erfolgt am Montag, nachmittag 2 Uhr.

Es wäre falsch, aus der Rückkehr der russischen Delegierten und insbesondere aus dem unvermuteten Erscheinen des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten Trotzki in Brest-Litowik vorzeitige Schlüsse zu ziehen. Die russische Delegation erklärt, daß sie im wesentlichen deshalb aus Petersburg kommt, um die Verhandlungen über die Verlegung des Verhandlungsortes in ihrem Sinne zu beeinflussen. Daß die deutsche Regierung in dieser Beziehung ihren Standpunkt ändert, halten wir für ausgeschlossen. Denn es liegt dazu keine Veranlassung vor, zumal aus Stockholm zum Beispiel zwar die russischen Delegierten von der Grenze ab ihre Nachrichten auf dem eigenen Draht befördern könnten, Deutschland dagegen nicht in der Lage wäre, ohne die Gefahr fremder Aufsicht seine Depeschen und Instruktionen abzuschicken.

Immerhin spricht die Tatsache, daß der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten selbst nach Brest-Litowik geht, dafür, daß, wie wir gestern ja bereits betonten, die Frage des Verhandlungsortes für die Russen keine Hauptfrage bildet. Man darf gerade deshalb mit der Möglichkeit rechnen, daß, wenn andere Fragen im Laufe der Unterhaltung angeschnitten werden, der Leiter der russischen auswärtigen Politik ihnen nicht ausweichen wird. Man kann nicht sagen, daß die heutigen Erklärungen des Unterstaatssekretärs von dem Busche Prophezeiungen über den Ausgang solcher Unterhalten erleichtern. Denn es ist auch heute keineswegs ein vollständige Aufklärung über die eigentlichen Widersprüche zwischen der gestrigen Erklärung des Reichskanzlers und den Kundgebungen der Russen erfolgt.

Es ist behauptet worden, daß dem Abgeordneten das stenographische Protokoll über die Brest-Litowik-Verhandlungen zugänglich gemacht worden, das die Erklärung der russischen Delegation enthält. Aber dem Ausschusse als solchem ist das Protokoll jedenfalls nicht vorgelegt worden. Und es kann deshalb auch heute kein Mitglied des Reichstages auch nur mit einiger Bestimmtheit Auskunft darüber geben, worin denn eigentlich die angebliche Abweichung des Protokolls von dem russischen Antwortliegt besteht, wie er durch die Petersburger Telegraphen-Agentur veröffentlicht ist. Uns scheint es doch unbedingt notwendig zu sein, daß zur vollkommenen Klärung der Sachlage die betreffende Protokollstelle veröffentlicht wird. Wir betonen noch einmal, daß es sich ja dabei keineswegs um irgendwelche Geheimdokumente handelt, sondern um Schriftstücke, die im ganzen neutralen Ausland bekannt sind.

Diese Veröffentlichung muß man einmal fordern, um genau die Rolle kennen zu lernen, die der Reichstag augenblicklich spielt, oder vielmehr die Rolle, die mit ihm vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes gespielt worden ist. Denn aber würde man auch erst nach Kenntnis der authentischen Antwort der Russen (falls diese anders als in den Petersburger Telegrammen lauten sollte) die Möglichkeiten erkennen können, die sich für eine fruchtbare Wiederaufnahme der Verhandlungen bieten. Nur darüber scheint uns gar kein Zweifel zu bestehen, daß die bisherige Verhandlungsmethode unter allen Umständen geändert werden muß, wenn man zu einer schnellen Verständigung mit Rußland kommen will.

Weshalb es uns aus allgemeinen politischen Gründen notwendig erscheint, die Verhandlungen nach dem Osten schnell zum Abschluß zu bringen, haben wir heute morgen ausführlich begründet. Aber wir möchten doch die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ohne auf das Schicksal einer Entstellung unserer Auffassung entgegenzutreten, die verschiedentlich auch heute noch versucht worden ist.